

Erliegen kommen. Darauf weisen Fachleute wie der emeritierte Professor am Institut für Physikalische und Theoretische Chemie der Technischen Universität Braunschweig Rolf Bertram hin. Die Folgen für Mensch und Umwelt wären erheblich. Eine großräumige Grundwasserseuchung durch ausgepreßte kontaminierte Lauge wäre unvermeidlich. Durch Kontakt mit den mechanisch zerstörten und korrodierten Gebinden seien zudem in diesen Laugen nicht nur Radionuklide, sondern auch chemische Problemstoffe mit zum Teil hoher Toxizität enthalten. In der Schachanlage Asse sind mit dem Atommüll große Mengen unterschiedlicher Stoffe wie anorganische, organische und grundwassergefährdende Chemikalien eingelagert, viele davon anerkannte Schadstoffe, zum Beispiel einige Schwermetalle. Neben 13.000 Tonnen Eisen-Metalle sind in den Inventarlisten über 1 Million Kilogramm Nicht-Eisenmetalle, darunter circa 400 Kilogramm Arsen und arsenhaltige Verbindungen (überwiegend aus eingelagerten Pflanzenschutzmitteln), 12.000 Kilogramm Blei, circa 25.000 Kilogramm Chrom, 230.000 Kilogramm Zink, 55 Kilogramm Cadmium, 22.000 Kilogramm Nickel etc. aufgeführt. Daneben auch erhebliche Mengen an zum Teil giftigen Chemikalien organischer Art, wie Tributylphosphat, BTEX-Aromaten, Dichlormethan und 1,1,1-Trichlorethan, Phthalsäureester und Komplexbildner wie Diammonium Hydrogen Citrat $(\text{NH}_4)_2\text{HC}_6\text{H}_5\text{O}_7$ und viele andere Verbindungen. Gelangen diese Stoffe über Luft und Wasser in die Biokreisläufe, so Bertram, ist mit Gesundheitsbeeinträchtigungen zu rechnen, die den durch radioaktive Schadstoffe verursachten gleichkommen.

Über Art und Menge der in den Mischabfällen enthaltenen Materialien herrscht große

Unsicherheit, da nur die zum Zeitpunkt der Einlagerung erfaßten Stoffe bekannt sind. Ob diese Erfassung genau und gründlich genug vorgenommen wurde, ist nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Inventar zu bezweifeln. Sicher ist, so Bertram, daß die Dokumente über das chemotoxische Inventar veraltet sind und einer Revision bedürfen. Dabei sollte eine kammer-spezifische Zuordnung des Inventars angestrebt werden.

Seit der Einlagerung ist das Stoffgemenge des Inventars permanent radioaktiver Strahlung ausgesetzt. Unter dem Einfluß der unterschiedlichen aber simultan einwirkenden Strahlungsarten Alpha, Beta, Gamma und in einem offensichtlich durchfeuchteten Milieu kommt es unvermeidlich zu Stoffumwandlungen und zu stofflichen Neubildungen, erklärt Bertram. Art und Intensität der Umwandlungsvorgänge seien vielfältig und wegen der gegenseitigen Beeinflussung sehr komplex. Dieser Sachverhalt dürfe aber nicht dazu führen, das Problem zu ignorieren. Gerade in der Vorbereitung zu den Kammeröffnungen sollte die Zeit genutzt werden, um so viele Erkenntnisse wie möglich durch Recherchen und Laborversuche zu sammeln. Eine Bereitschaft dazu sei bisher jedoch nicht zu erkennen. Wegschauen und weitermachen laute offensichtlich die Devise. Insbesondere für die mit den Kammeröffnungen und der Bergung befaßten Personen könnten aus den genannten Versäumnissen ernsthafte Konsequenzen erwachsen. Es sei daher mit Nachdruck zu fordern, daß alle möglichen Reaktionsabläufe, von denen bekannt ist, daß sie zu Bränden, Explosionen und Vergiftungen führen können, in die Sicherheitsbetrachtungen einbezogen werden. Eine Fokussierung allein auf das radioaktive Abfallinventar werde der Sachlage nicht gerecht. ●

Atommüll-Endlagerung

Ein neues Bundesamt und eine „Ethikkommission“ statt Bürgerbeteiligung

Nachdem die SPD und die Grünen Vorschläge vorgelegt haben, wie die Endlagersuche in Deutschland neu gestartet werden kann, legte die Bundesregierung jetzt nach. Wie verlautet, will sie die Federführung an ein neues Bundesamt für Endlagerung delegieren und den Suchprozess soll eine Ethikkommission für Atommüll begleiten. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) vermutet hinter diesen Vorschlägen einen doppelten Schachzug des Bundesumweltministers Norbert Röttgen (CDU). Zum einen solle das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) entmachtet und zum anderen das Ansinnen, Gorleben im Spiel zu halten, damit hoffähig gemacht werden.

Die BI erinnert daran, daß das BfS wiederholt auf Schwachpunkte des Salzstocks Gorleben verwies und schon seit langem für ein vergleichendes Suchverfahren eintritt. Dazu komme, daß eine „handverlesene Ethikkommission“ nicht gleichbedeutend mit der Partizipation von Umweltverbänden und Kritikern sei. „Ein Parteienkonsens, der garniert wird durch Empfehlungen einer Ethikkommission, überregelt wieder die Expertise der Bürgerinitiativen. Beständig wird die Zivilgesellschaft außen vor gehalten“, sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. „Entweder Neuanfang, dann muß das auch basisdemokratisch und transparent erfolgen, dann muß aber auch Schluß sein mit dem 35-jährigen Getrickse in Gorleben, wo nicht einmal ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren eröffnet wurde“, fordert die BI.

Unterdessen verwahren sich die Gorleben-Gegner auch gegen Planspiele der Grünen-

Verhandlungsführer/innen bei den Bund-Länder-Gesprächen zum Neustart der Endlagersuche, die Gorleben bei einem Vergleich im Pool lassen wollen. „Konsensuales Denken und staatsmännische Pose stehen gegen die geologischen Defizite und Bürgerferne, gerade bei den Grünen, die in dieser Frage das Sagen haben. Das ist kein Nord-Süd-Konflikt, sondern einer in der Sache“, so Ehmke.

Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation ausgestrahlt, formuliert in seiner Kritik an dem Gesetzentwurf für ein „Standortauswahlgesetz“ für Atommüll-Endlager konkret: „Was die Bundesregierung da vorlegt, ist absolut enttäuschend. Damit wird es nicht gelingen, einen wirklichen gesellschaftlichen Konsens in der Atommüll-Frage herzustellen. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Ethikkommission und das Abhalten von Diskussionsveranstaltungen in möglichen Standortregionen ist keine echte Bürgerbeteiligung. Ein gesellschaftlicher Konsens kann nur entwickelt werden, wenn alle Beteiligten die gleichen Rechte und die gleichen Möglichkeiten der Einflußnahme haben und die Entscheidung nicht am Ende von einer staatlichen Behörde gegen die Bürgerinnen und Bürger getroffen werden kann.“ Der geologisch und politisch verbrannte Standort Gorleben müsse aufgegeben werden. Bleibe der Standort, in dessen Ausbau bereits 1,6 Milliarden Euro geflossen sind, im Rennen, dann werde es immer starke Kräfte in der Auseinandersetzung geben, die alleine aufgrund der Kostenfrage diesen Ort favorisieren, egal wie die geologische Situation aussieht. ●